



Brüssel, den 18. Juli 2022
(OR. en)

11429/22

HYBRID 81	DATAPROTECT 225
DISINFO 65	JAI 1049
CSDP/PSDC 482	CYBER 273
COPS 363	FREMP 159
POLMIL 179	JAIEX 80
IPCR 85	AUDIO 71
RELEX 1032	DIGIT 144
INST 278	INF 130
AG 92	COSI 203
PE 85	PROCIV 102

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	11173/22
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland

Die Delegationen erhalten anbei die Schlussfolgerungen des Rates zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland, die der Rat auf seiner Tagung vom 18. Juli 2022 gebilligt hat.

Schlussfolgerungen des Rates zur Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

1. verweist auf die einschlägigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates¹ und des Rates²; verweist darauf, dass die Mitgliedstaaten im Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, ihre Resilienz und Fähigkeit zur Verhinderung, Aufdeckung, Eindämmung und Bekämpfung von hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland, auch zur Unterstützung von Partnerländern, erheblich zu verbessern; verweist auf die Notwendigkeit, ein EU-Instrumentarium gegen hybride Bedrohungen zu schaffen, das verschiedene Instrumente zusammenführt, um ein breites Spektrum hybrider Bedrohungen und Kampagnen zu erkennen und darauf zu reagieren, und wird in diesem Zusammenhang ein spezielles Instrumentarium für den Umgang mit Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland entwickeln³; verweist auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Juni 2022, in denen bekräftigt wurde, dass das Instrumentarium gegen Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland unsere Fähigkeit stärken wird, die Bedrohung zu erkennen, zu analysieren und darauf zu reagieren, auch indem den Tätern Kosten auferlegt werden⁴;
2. unterstreicht, dass Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland oft als Teil breiter angelegter hybrider Kampagnen eingesetzt wird und unter anderem darauf abzielt, unsere demokratischen Gesellschaften irrezuführen, zu täuschen und zu destabilisieren, kulturelle und gesellschaftliche Spannungen zu schaffen und auszunutzen sowie unsere Fähigkeit, Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, negativ zu beeinflussen; hebt hervor, dass der strategische und koordinierte Einsatz von Manipulation von Informationen und Einmischung durch Russland, der der nicht provozierten und ungerechtfertigten militärischen Aggression gegen die Ukraine vorausging und sie begleitet, diese vielschichtige Bedrohung mit ihren konkreten Auswirkungen auf verschiedene innen- und außenpolitische Bereiche verdeutlicht; insbesondere haben wir gesehen, welche Auswirkungen Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland haben, wie sie sich auf unsere GASP/GSVP-Ziele auswirken und unsere Ziele und Interessen, unter anderem die globale Ernährungssicherheit, beeinträchtigen; bekräftigt, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärken werden, Drittländer dafür zu gewinnen, die Ukraine in den vereinbarten Dimensionen zu unterstützen und dem falschen russischen Narrativ und der Informationsmanipulation entgegenzuwirken⁵;

¹ Insbesondere die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Mai 2022, Dezember 2021, Oktober 2021, Juni 2019.

² Insbesondere die Schlussfolgerungen des Rates über einen Rahmen für eine koordinierte Reaktion der EU auf hybride Kampagnen vom Juni 2022 (ST 10016/22), die Schlussfolgerungen zur Stärkung der Resilienz und zur Abwehr hybrider Bedrohungen, einschließlich der Desinformation, im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie (ST 13626/20), die Schlussfolgerungen zu zusätzlichen Anstrengungen zur Stärkung der Resilienz und zur Abwehr hybrider Bedrohungen (ST 14972/19) und die Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 09/2021 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel „Desinformation und ihre Auswirkungen auf die EU: Problem erkannt, aber nicht gebannt“ (ST 10968/21).

³ Strategischer Kompass.

⁴ Schlussfolgerungen des Rates über einen Rahmen für eine koordinierte Reaktion der EU auf hybride Kampagnen, Juni 2022 (ST 10016/22).

⁵ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine, 30. Mai 2022.

betont, dass Taktiken, Techniken und Verfahren der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland auch das Vertrauen in die Medien untergraben und die Gefahr bergen, dass die für die Demokratie und ein gesundes Funktionieren der Zivilgesellschaft so wichtige freie öffentliche Debatte beeinträchtigt wird; unterstreicht, dass ein solches Verhalten bei den Aktivitäten bestehender sowie neu entstehender ausländischer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure zu beobachten ist, die versuchen, Demokratien zu untergraben, den gesellschaftlichen Diskurs zu verzerren und Kritik zu schwächen;

3. begrüßt die laufenden Bemühungen des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission um die Entwicklung eines EU-Instrumentariums gegen Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland; damit sollte eine systematischere Nutzung des gesamten Spektrums verfügbarer Instrumente vorangetrieben werden, wie z. B. Lagebewusstsein, unter anderem durch das Schnellwarnsystem, das Einheitliche Analyseverfahren, insbesondere dessen Analyseeinheit für hybride Bedrohungen, Resilienz und Kapazitätsaufbau, regulatorische und diplomatische Reaktionen; dazu gehört auch eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch zur Unterstützung von Partnerländern sowie bei unseren Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik; bekräftigt, dass der in den Schlussfolgerungen des Rates vom 21. Juni 2022⁶ dargelegte Rahmen für eine koordinierte Reaktion auf hybride Kampagnen auch für den Umgang mit Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland genutzt werden sollte; hält fest, dass die Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland, auch im Zusammenhang mit breiter angelegten hybriden Kampagnen, bei den Mitgliedstaaten liegt;

⁶ Schlussfolgerungen des Rates über einen Rahmen für eine koordinierte Reaktion der EU auf hybride Kampagnen, Juni 2022 (ST 10016/22).

4. ersucht den Hohen Vertreter und die Kommission, unter umfassender Einbeziehung der Mitgliedstaaten maßgeschneiderte Ansätze auszuarbeiten, um das Engagement der EU auf multilateraler Ebene mit und innerhalb der Vereinten Nationen und anderer internationaler und regionaler Organisationen im Einklang mit dem Strategischen Kompass und unter Berücksichtigung des institutionellen Rahmens der EU zu verstärken, und auf die Ausarbeitung internationaler Grundsätze zu Desinformation und Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland hinzuwirken, unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und unter fortgesetzter starker Betonung der Förderung der freien Meinungsäußerung, unabhängiger Medien sowie des Schutzes und der Sicherheit von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern; diese Bemühungen sollten gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor, einschließlich Online-Plattformen, erfolgen, wobei auch die im Gesetz über digitale Dienste und im überarbeiteten Verhaltenskodex zu Desinformation vorgesehenen Grundsätze zu berücksichtigen sind;

5. betont, dass unsere Resilienzkapazitäten und die Zusammenarbeit sowohl innerhalb der EU als auch im Rahmen unserer GSVP-Missionen und -Operationen und zur Unterstützung von Partnerländern verstärkt werden müssen; bekräftigt, dass bis 2024 alle GSVP-Missionen und -Operationen vollständig mit Fähigkeiten und Ressourcen ausgestattet sein werden, um die einschlägigen Instrumente des Instrumentariums gegen Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland einzusetzen; hebt hervor, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie der NATO, der G7 sowie der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zu intensivieren und die Anstrengungen im Rahmen der VN zu verstärken;

6. fordert ein stärkeres Engagement der EU-Delegationen und des diplomatischen Netzes der Mitgliedstaaten in der gesamten Nachbarschaft der EU und darüber hinaus beim Austausch von Erkenntnissen über Aktivitäten der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland sowie Reaktionen auf die Bedrohung, auch durch strategische Kommunikation; begrüßt die von StratCom des EAD und seinen Taskforces in dieser Hinsicht geleistete Arbeit;

bekräftigt die Forderung an den Hohen Vertreter und die Kommission, unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten Optionen für genau definierte Maßnahmen vorzulegen, die gegen Akteure der Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland ergriffen werden könnten, wenn dies zum Schutz der EU, der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit erforderlich ist⁷.

⁷ Ebd.